



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 28. Oktober 2005 (03.11)
(OR. en)**

13910/05

CADREFIN 227

VERMERK

des	Vorsitzes
für	den Rat
<u>Betr.:</u>	Finanzielle Vorausschau 2007-2013

1. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2005 zur Finanziellen Vorausschau lauten wie folgt:

"Der Europäische Rat bedauert, dass es nicht möglich war, in diesem Stadium eine Gesamteinigung über die Finanzielle Vorausschau zu erzielen. Er betont, dass Klarheit über die Mittel herrschen muss, die der Union für die gemeinsame Politik im nächsten Finanzierungszeitraum zur Verfügung stehen, und verpflichtet sich, weiterhin alles in seiner Macht Stehende zu tun, um dieses Ziel zu erreichen. Er stellt fest, dass die diesbezüglichen Arbeiten durch die gemeinsame Vorbereitung beträchtlich vorangebracht worden sind. Er ist sich darin einig, dass insbesondere die Ausrichtung und die Impulse, die sich für die Beratungen aus der auf Initiative des Vorsitzes erstellten Verhandlungsbox ergeben haben, aufrechterhalten werden müssen.

Der Europäische Rat ersucht den nächsten Vorsitz, diese Beratungen auf der Grundlage der bislang gemachten Fortschritte mit dem Ziel voranzubringen, eine Lösung für alle Komponenten zu finden, die erforderlich sind, damit möglichst bald eine Gesamteinigung erreicht werden kann."

2. Seitdem hat der Vorsitz bilaterale Konsultationen mit allen Mitgliedstaaten sowie der Kommission abgehalten.
3. Der Präsident der Kommission hat am 20. Oktober 2005 in einem Schreiben an den Präsidenten des Europäischen Rates "Fünf Vorschläge zur Neubelebung der Verhandlungen" gemacht.
4. In Anbetracht der von ihm geführten bilateralen Konsultationen und des Schreibens von Kommissionspräsident Barroso ist der Vorsitz der Auffassung, dass eine Aussprache der Minister auf der Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) am 7. November dazu beitragen könnte, das vom Vorsitz angestrebte Ziel einer Einigung vor Jahresende zu erreichen. Im Hinblick darauf legt der Vorsitz nachstehend seine Bewertung der derzeitigen Lage dar.
5. Einige Elemente der auf Initiative des luxemburgischen Vorsitzes ausgearbeiteten Verhandlungsbox finden nach wie vor weit gehende Zustimmung und könnten dazu beitragen, dass eine Einigung im Dezember zustande kommt. Nach Auffassung des Vorsitzes erfordert eine endgültige Einigung allerdings weitere Fortschritte in drei wesentlichen Fragen.
6. **Ausgabenstruktur der EU.** Der Kommissionspräsident hat bestimmte Vorschläge unterbreitet, die dazu beitragen sollen, dass die Europäische Union sich rascher auf die Herausforderungen der Globalisierung einstellen kann. Diese Vorschläge betreffen insbesondere: Mittelzuweisungen aus den Rubriken 1b und 2 (Entwicklung des ländlichen Raums), den Fonds zur Anpassung an die Globalisierung (*Globalisation Adjustment Fund*) und die Rubrik 2 (Entwicklung des ländlichen Raums). Der Vorsitz betrachtet dies als sinnvollen Ausgangspunkt für eine Aussprache darüber, wie in der Verhandlungsbox enthaltene Vorschläge über die künftige Höhe und Struktur der Ausgaben angepasst werden könnten, so dass eine Gesamteinigung erzielt werden kann.
7. **Modernisierung des Haushalts.** Der Vorsitz ist der Auffassung, dass die Union – wie in dem Beitrag der Kommission (Dok. 13175/05) zur Tagung der Staats- und Regierungschefs im Oktober darlegt – langfristig anstreben sollte, sich auf die Bedürfnisse der Union im 21. Jahrhundert zu konzentrieren, und dass hierfür ein modernerer Haushalt sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite erforderlich ist. Eine Einigung auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember über den Zeitplan für eine Überprüfung des Haushalts sowie über die Reichweite einer solchen Überprüfung wäre dem Zustandekommen einer Gesamteinigung über die Finanzielle Vorausschau förderlich.

8. **Eigenmittel.** Mit den im Juni unterbreiteten Änderungsvorschlägen zu den bestehenden Regelungen ist es nicht gelungen, die Zustimmung aller 25 Mitgliedstaaten zu sichern. Der Vorsitz beabsichtigt, Vorschläge zu unterbreiten, die mit dem allgemein anerkannten Grundsatz, wonach Mitgliedstaaten mit vergleichbaren Wohlstandsniveaus in gleichartiger Weise behandelt werden, in Einklang stehen.
 9. Der Vorsitz ersucht die Minister, sich zu den oben dargelegten Punkten zu äußern. Aufgrund der Aussprache wird der Vorsitz, falls die Delegationen dem als Ausgangspunkt für die weiteren Arbeiten zustimmen, spezifischere Vorschläge ausarbeiten und dem AStV sowie dem Rat (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) für dessen Tagung am 21. November 2005 zur Beratung vorlegen.
-